

Von: Pressedienst BI Gegenwind Beerfelden-Rothenberg, 04.03.2018

OBERZENT. – Nach der Bekanntgabe der Planungen für Standorte von Windrotoren im Katzenwinkel und auf dem Finkenberg wendet sich die Bürgerinitiative Gegenwind Beerfelden-Rothenberg an die Mandatsträger im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oberzent mit der nachdrücklichen Forderung: Schluss mit der zügellosen Landschaftszerstörung der intakten Mittelgebirge durch den Ausbau von Windindustrieanlagen in den Wäldern der Stadt Oberzent.

Mit ihrem Apell wenden sich die Kritiker an die kommunale Politik in der Erwartung, dass sich die Mandatsträger ihrem Anspruch der kommunalen Selbstverwaltung bewusst sind und der geplanten Landschaftszerstörung Einhalt gebieten, um auf kommunaler Ebene Widerstand gegen die ideologischen Antriebe auf Landes- und Bundesebene und deren Sinnlosigkeit zu argumentieren.

Die Akteure der Bürgerinitiative verweisen auf die Schäden für Mensch und Natur durch den Eingriff der riesigen Betonierungen und Wegebaumaßnahmen in ehemals geschützten Naturräumen durch die Gefährdung der Trinkwassergewinnung in Wasserschutzgebieten, von Schallemissionen und nächtlichen Lichtblitzen der Sicherheitsbeleuchtung, die Zerstörung von Wäldern, Feuchtgebieten und Natur als Lebensräume für Menschen und Tiere.

Gerade der Wald sei ein einzigartiges Ökosystem von höchster Priorität und ein nicht erneuerbares Kulturgut als eine Lebensgrundlage für Mensch und Tier.

Das im Bundesnaturschutzgesetz festgelegte Tötungsverbot müsse auch für die Windenergie gelten, umso mehr wenn es sich um Arten handle, die EU-artenschutzrechtlich durch die Vogelschutz- und FFH-Richtlinien streng geschützt sind.

Die Schallemissionen der Windrotoren führten nachweislich zu schwerwiegenden Beeinträchtigungen der Gesundheit, Gesundheits- und Schlafstörungen bei vielen direkten Anwohnern. Das Grundrecht auf Unversehrtheit dürfe nicht durch eine verfehlte Energiepolitik ausgehebelt werden, schreiben die Kritiker.

In diesem Sinne seien die Windradgegner durch verschiedene Gutachten und Stellungnahmen gerüstet und bereit, Widerstand gegen die Genehmigungsverfahren im Katzenwinkel und auf dem Finkenberg zu leisten. Hierzu erwarten sie die öffentlichen Bekundungen aus der Bevölkerung gegen die geplanten Vorhaben.

In dem Zusammenhang verweist die Bürgerinitiative Gegenwind darauf, dass durch die Errichtung der Wind-Industrieanlagen kein einziger Arbeitsplatz in der Oberzent entstehe und stattdessen die Lebensqualität der Bewohner mit ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation in hohem Maße geschädigt werde.

Neben vielen Aspekten werde auch der Immobilienwert der Hausbesitzer in der Stadt Oberzent maßgeblich gemindert. Der wirtschaftliche Schaden der durch den Bau der Windrotoren im bekanntermaßen windschwachen Odenwald entstehe, werde von Immobilienfachleuten in Millionenhöhe beziffert. Diese Vermögensverluste entstünden in all den Fällen, in denen Immobilien weit unter ihrem ursprünglichen Wert verkauft werden müssten. Positive wirtschaftliche Effekte, die durch die Neubildung der Stadt Oberzent gegeben seien, würden durch den privaten Eigennutz aufs Spiel gesetzt.

Eine Politik, die das Recht der Bürger auf Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten als eines der wichtigsten demokratischen Grundsätze ausschließe und den Wohlstand künftiger Generationen riskiere, müsse die wahlpolitischen Folgen in Kauf nehmen.

Eine ökologische Energieversorgung könne nur ökonomisch sinnvoll funktionieren, wenn sie auf physikalischen Grundsätzen beruhe und Speicherkapazitäten vorhanden seien. Eine politisch verordnete Ideologie reiche nicht, stellen die Akteure der Bürgerinitiative Gegenwind fest. Windkraft- und Photovoltaikanlagen würden ohne Speicher keine konventionellen Kraftwerke ersetzen wenn der Wind nicht wehe und wenn die Sonne nicht scheine. Strom werde durch die Subventionierung und die dazu gehörende Umverteilung für die Bürger und die Industrie mit ihren Arbeitsplätzen zunehmend teurer und fördere soziale Ungerechtigkeit.

Die Subventionierung einer einzelnen Technologie durch das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG) verhindere technische Innovation und wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der alternativen Energiegewinnung.

Vielfach unbeachtet bleibe, dass die Rotorblätter Sondermüll seien und die Entsorgung mittelfristig zum gravierenden Umweltproblem werde. Die derzeitige Form der Energiegewinnung durch Windindustrieanlagen sei somit nicht nachhaltig.

Der forcierte Zubau von wetterbedingt unzuverlässigen Windrotoren verursache Probleme im Stromnetz. „Grundlastfähiger Strom aus den konventionellen Kraftwerken unserer Nachbarländer muss zur Sicherung unseres Stromnetzes vorgehalten werden, damit es im Netz nicht zu einem Blackout kommt.“

Der Beitrag der Windkraft zur gesamten Energieversorgung sei minimal. Er betrage nur 2 bis 3 Prozent. Angesichts der existenziellen Bedrohung für Mensch und Natur, der aktuellen Kosten von jährlich 25 Mrd. Euro sowie der enormen und bislang nicht kalkulierten Folgekosten könne von „Daseinsvorsorge“ keine Rede sein.

„Der Zubau von Windkraftanlagen kein geeignetes Instrument, um die propagierten Ziele zu erreichen“, schlussfolgern die Akteure im Gegenwind.